

Sächsische Volkszeitung

Unabhängiges Tageblatt
für Wahrheit, Recht und Freiheit
mit Unterhaltungsbeilage Die illustrierte Zeit
und Sonntagsbeilage Feierabend

Wagnispreis:
Ausgabe A mit 2 Beilagen vierteljährlich 2,10 M. In Dresden durch Boten 2,40 M. In ganz Deutschland frei Haus 2,50 M.; in Österreich 2,45 M.
Ausgabe B nur mit Feierabend vierteljährlich 1,90 M. In Dresden durch Boten 2,10 M. In ganz Deutschland frei Haus 2,20 M.; in Österreich 2,07 M. — Einzel-Nr. 10 J.
Reklamations-Sprechstunde: 10 bis 11 Uhr vormittags.
Für Redaktionen eingesandene Manuskripte werden nicht zurückgeschickt; Rücksendung erfolgt, wenn Rückporto beigefügt ist. Briefliche Anfragen (in Antwortsporto beizufügen)

Abgaben:
Einnahme von Geschäftsangelegenheiten bis 10 Uhr, von Familienangelegenheiten bis 12 Uhr.
Preis für die Post-Expeditur 20 J., im Restbetrag 60 J.
Für unbenutzte gestorbene, sowie durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen können wir die Benutzungsfrist für die Wichtigkeit des Textes nicht übernehmen.
Geschäftsstelle und Redaktion: Dresden, Goldschmidtstr. 46

Nr. 292

Fernsprecher 1366

Sonntag, den 22. Dezember 1912

Fernsprecher 1366

11. Jahrg.



Pelzwaren
vom einfachsten bis feinsten Genre
PAUL HEINZE
Spezial-Pelzwaren- und Mützensgeschäft
Dresden-A., Ringstraße 26
unweit Ecke Viktorienstraße, gegenüber der Landständischen Bank
Reparaturen und Neuanfertigungen
Fernspr. 5079

Porzellan
und
Kristall

Gebrauchs- und Luxusgegenstände

Königl. Hoflieferant
Anhäuser

Dresden, König-Johann-Str.



Beste Bezugsquelle!
Vorzügliche PIANINOS
neu und gebrauchte, alle Holz- und Stilarten sowie nach Zeichnung
HARMONIUM von 60 Mark an
Biese Auswahl, günstige Zahlweise, hohe Kassensparat!
STOLZENBERG: DRESDEN
Johann-Georgen-Allee 12

Die heutige Nummer umfasst 18 Seiten. Sie enthält die Fortsetzung der Novellen von Hans Schrott-Fiechtl (Seite 9 und 10), Aus Stadt und Land (Seite 3 und 5).

Weltanschauungsfragen

Der Sozialdemokrat Lange hat in der letzten Sitzung der Zweiten Kammer gesagt, die Gegensätze der Weltanschauungen bei Beratung des Volksschulgesetzentwurfes wären so große gewesen, daß sie nicht zu überbrücken waren. Auch Kultusminister Dr. Beck sprach von den Schwierigkeiten, welche die Weltanschauungen bei Lösung der bedeutungsvollen Frage erzeugten. Der nationalliberale Dr. Löbner bekannte ganz offen, daß unsere Zeit noch nicht reif sei, solche Fragen zu lösen, welche dann einem Gesetze durch Jahrzehnte die Richtung geben. Der Präsident Dr. Vogel läßt es dahingestellt sein, ob unsere Zeit noch nicht reif sei für die Lösung einer so wichtigen Frage — setzen wir hinzu — im liberalen Geiste. Diesem stellten sich unüberwindliche Schwierigkeiten entgegen — Regierung und Erste Kammer. Die sozialdemokratisch-liberale Mehrheit der Zweiten Kammer wollte ein neues Schulgesetz schaffen helfen, nur wenn es ihrer Weltanschauung entsprach. Die Volksschule war zuerst als Simultanschule mit einem moralisch-ethischen Religionsunterrichte gedacht, der allen Konfessionen gerecht werden sollte. Die Zwischenkommission sah in der ersten Fassung dieses Beschlusses. Aber die Regierung setzte ihnen festen Widerstand entgegen und erklärte ein solches Gesetz für unannehmbar; die konfessionelle Volksschule müsse Grundlage des Gesetzes bleiben. Nun machten die Nationalliberalen bei der zweiten Fassung eine Säuwerkung. Nicht aus inneren Gründen, sondern aus taktischen Erwägungen heraus, stimmten sie der konfessionellen Volksschule zu. Aber dieses Zugeständnis ging aus der Berechnung hervor, daß es andere Mittel gebe, durch welche das konfessionelle Prinzip durchbrochen werden könne. Mit Anwendung des größten Scharfsinnes wurde bereits in § 2 die Absicht zu verwirklichen gesucht durch den famosen Zusatz, daß der Religionsunterricht „für alle christlichen Konfessionen“ wohl „im Geiste der betreffenden Kirche“, aber „ohne Bindung an den Buchstaben der Bekenntnisformeln“ erteilt werden solle. Um aber auch noch die Gefahr für solche Lehrer aus dem Wege zu räumen, die nach ihrer subjektiven Weltanschauung den Religionsunterricht gestolten, mußte der Bekenntnisbezug fallen. Und die liberale Mehrheit strich ihn. Nun hatte der Liberalismus so ziemlich das Gleiche erreicht, als wenn er einen simultanen Religionsunterricht in der allgemeinen Volksschule durchgesetzt hätte. Allerdings

nur für die protestantischen Kinder, denn die Katholiken blieben im Besitze ihrer Minderheitsschulen. Dennoch war es ein Fortschritt der liberalen Weltanschauung, eine Vorbereitung, um später einmal mit der konfessionellen Volksschule aufzuräumen.

Die Freunde einer christlichen Erziehung hatten aber die Gefahren erkannt und machten diese Bestimmungen zum Eckstein der ganzen Gesetzgebung. Konservative, Erste Kammer und Regierung lehnten diese Forderungen ab. Ohne diese liberalen Bestimmungen hätte aber der liberal-sozialdemokratische Großblock kein Interesse mehr an dem ganzen Gesetze. Die Weltanschauungen brachten unüberwindliche Schwierigkeiten. Allerdings hätte das Gesetz in der Fassung der Ersten Kammer große Vorteile geboten, so die Fortbildungsschulen für Mädchen, die Hilfsschulen und die ländlichen Schulen, endlich die neuen Disziplinarbestimmungen für die Lehrer. Der konservative Dr. Schanz wies auf diese Beschlüsse hin, die einen Fortschritt für Sachsen bedeuten würden und beantragte, die Zweite Kammer möge den Beschlüssen der Ersten Kammer beitreten. „Besser ist es, wenn wir etwas vorwärts kommen, als wenn wir ganz stehen bleiben.“ Das war aber nicht im Sinne des Großblocks. Es wäre ihm ein Teil des Agitationsmaterials genommen gewesen. Besonders die neuen Disziplinarvorschriften würden viele Lehrer zufriedengestellt und ausgehöhlt haben. Dr. Seyfert gelang so in seiner Schlussrede offen, daß es nun gilt, durch eine scharfe Agitation im Volke und in der Schule den Boden besser für eine kommende neue Volksschulvorlage vorzubereiten. Daher wurde der konservative Antrag vom Großblock einstimmig abgelehnt, und so das Gesetz zum Scheitern gebracht.

Im ganzen Lande wird das Schicksal des Gesetzes bedauert. In der Fassung des Großblocks hätte es allerdings eine noch größere Entlastung bei jenen hervorgerufen, die ihre Kinder christlich erziehen wollen. Wer einem der Kleinen Kergernis gibt, dem ist es besser, daß ihm ein Mühlstein an den Hals gehängt und er in die Tiefen des Meeres versenkt würde. Zwar führte der Vertreter der Zwickauer Theisen, Herr Dr. Seyfert, schöne Phrasen und Verwahrungen im Munde, als ob alle liberalen Bestrebungen nur den gesteigerten Bildungsbedürfnissen des Volkes dienbar wären. Wenn er aber mit Nachdruck behauptet: „Wegen des Religionsunterrichtes stehen wir mit reinem Gewissen vor unserem Volke“ — so ist das ebenso unnahbar, als die Verwahrung dagegen, daß Sozialdemokraten und Liberale sich zur Verfolgung der gleichen konfessionellen Volksschule zerkämpfenden Ziele verbunden haben.

Die Tätigkeit des Landtages 1911/1912

Dresden, den 20. Dezember 1912

In den Schlußsitzungen der beiden Kammern ist sowohl seitens der Vertreter der Staatsregierung als auch seitens der beiden Präsidenten auf die außergewöhnlich arbeitsreiche Tagung des Landtages 1911/12 hingewiesen worden. Staatsminister Dr. Beck betonte in seiner Schlußansprache, daß die nunmehr abgeschlossene Session bezüglich der Anforderungen, die an die Arbeitskraft der Abgeordneten und alle mit den Arbeiten des Landtages in direkter Verbindung stehenden Persönlichkeiten gestellt werden mußten, bis jetzt wohl einzig in der Geschichte des sächsischen Parlamentes dastehen. Auch Kriegsminister Generaloberst Freiberger v. Hausen betonte, daß die ungewöhnlich langandauernde Landtagssession ganz außerordentliche Anforderungen an die Arbeitskräfte und die Zeit der Kammern gestellt habe.

In der Tat sind auch wohl bis jetzt keinem anderen Landtage eine so große Anzahl von Gesetzesvorlagen, Druckschriften, Interpellationen, ständigen Schriften, sowie Petitionen und Beschwerden zugegangen. Die Anzahl der königlichen Dekrete betrug allein 38 gegen 24 im Landtage 1909/10. Auch die Zahl der öffentlichen Sitzungen, die z. B. in der Zweiten Kammer stattgefunden haben, war eine ganz bedeutend höhere als im vorigen Landtage. Es wurden insgesamt 121 öffentliche Sitzungen gegen 80 in der Session 1909/10 abgehalten, wozu selbstverständlich noch die vielen Deputations- und Fraktionsitzungen kommen, deren Zahl naturgemäß noch eine bedeutend höhere ist. An manchen Tagen ist die Mehrzahl der Abgeordneten bereits früh 9 Uhr im Ständehause erschienen, um zunächst Deputations- und Fraktionsitzungen abzuhalten, an die sich dann die Plenarsitzung anschließt. Nach dieser folgten dann wieder Deputations- und Fraktionsitzungen, die sich oft bis in die dritte und vierte Nachmittagsstunde hinzogen. Es sind also Arbeitszeiten bis zu 15 Stunden an einem Tage festzustellen worden. Der Hauptteil dieses Aufwandes an Zeit und Arbeitskraft entfällt, wenn man von dem Gesamtergebnis abzieht, naturgemäß auf die Volksschulreform, die bekanntlich trotz aller Bemühungen, die sowohl seitens der Staatsregierung, als auch seitens der Zwischenkommission beider Kammern unternommen worden sind, doch nicht zustande gekommen ist. Vielleicht bietet sich noch in einem späteren Artikel Gelegenheit, hierauf zurückzukommen. Anerkannt muß jedoch auch bei der Beratung dieser wichtigsten Gesetzesvorlage werden, daß die Abgeordneten mit außerordentlichem Fleiße und mit großem Eifer an die wichtige Aufgabe herangetreten sind. Angebracht ist es noch, auf den

Deutsche Politik

Von Germanus

Siehe die Nummern 276, 277, 278, 279, 280, 281, 282 und 283 der Sächsischen Volkszeitung

„In jenen finsternen Zeiten,“ wird dann vielleicht der Lehrer zu seinen Schülern sprechen, „wo das Licht des Nationalliberalismus noch nicht leuchtete, war man auf die abenteuerliche Idee verfallen, ein slavisches Land in den deutschen Reichsverband aufzunehmen, und ist in diesen Irrtum so verurteilt gewesen, daß es neun Jahrhunderte bedurfte, um endlich zur Erkenntnis der Wahrheit zu gelangen. So weit ging die Verblendung, daß man sogar den Fürsten dieses Slawenlandes fast für den vornehmsten Reichsfürsten ansah, der allein eine Krone trug. Und weil man damals noch so töricht war, die deutschen Kaiser wählen zu lassen, gehörte dann auch dieser Böhmenkönig zu den Wahlherren; es hat sich auch ereignet, daß er zeitweilig selbst die deutsche Kaiserkrone trug. Von einem solchen, der sich Karl IV. nannte, rührt nun das wunderliche Machtwort her, welches unter dem Namen der Goldenen Bulle jahrhundertlang so viel mühsames Gerede veranlaßt hat. Dazu besah er die Annahmung, sich in die Mark Brandenburg einzudrängen, die seit jeher der Krone von Deutschland gewesen war, und was er da getrieben, davon zeugt noch heute das Brandenburgerische Landbuch, das er verfaßt hat, wie auch noch einige geschmacklose Gebäude dastehen, die er erbaut hat. Das Allerberühmteste aber, daß er auf den Einfall geriet, in seiner Hauptstadt Prag die erste deutsche Universität zu stiften, die doch von Rechts wegen nach Berlin gehörte, welches allein die Metropole der deutschen Intelligenz sein kann.

Ihr könnt also denken, liebe Kinder, wach eine Art von Intelligenz das war, welche dort gepflegt wurde. Und hört Ihr nun erzählen, daß diese Universität einmal bis 20 000 Studenten gehabt haben soll, so mag das übertrieben sein, aber Ihr werdet Euch danach am besten vorstellen, wie weit verbreitet der Wahnsinn in Deutschland gewesen sein muß. Erst mit dem Großen Kurfürsten kam Sinn und Verstand in die deutsche Geschichte, und heute sind wir Gott sei Dank so aufgeklärt, daß uns das alles wie ein wüster Traum erscheint. So ungefähr mag dann der Lehrer sprechen.“

Ich weiß wohl, ich trage Eulen nach Athen. Aber in einer Zeit, in der Phrasen und Unwahrheit das ganze öffentliche Leben beherrschen, ist es eben dringende Notwendigkeit, immer wieder auf die Tatsachen hinzuweisen, wieder und wieder Wahrheiten zu sagen, mögen dieselben auch längst als Wiederwahrheiten gelten: Die Soldaterei, die Sozialagenden und sonstigen Ausführungen unserer Tagesblätter und politischen Schriften veralten von einem Tage zum anderen, weil sie nur dazu bestimmt sind, die Leser für den Augenblick in den Bann eines Gedankenkreises zu bringen, der mit deutscher Politik und deutscher Zukunft nichts zu tun hat.

Meine Darlegungen stellen sich die Aufgabe, das Gegenwärtige im Spiegel des Vergangenen zu prüfen und aus den Ergebnissen das für die Zukunft Notwendige abzuleiten.

IV.

Ueberschauen wir die Tätigkeit Preußens mit Bezug auf die deutsch-orientalischen Dinge, so erkennen wir, daß dieselbe fast immer die gegnerischen Mächte gefördert hat.

Und muß es geradezu als ein Verhängnis für diese deutsche Nordostmark bezeichnet werden, daß sie das einzige Mal, wo sie die östlichen Interessen über alles andere stellte, einen schweren Vaterlandsverrat beging. Ich meine den Baseler Frieden von 1795, den Preußen schloß, um die Hand für den Osten frei zu bekommen. Dieser Friedensschluß riß den deutschen Südwesten von Deutschland los und überantwortete ihn den Franzosen. Und ein Verhängnis eigener Art war es dann, daß Preußen im Tilsiter Frieden und endgültig am Schluß dieser Periode, auf dem Wiener Kongreß, den größten Teil des früher erworbenen Polens wieder verlor. Erklärlich, wenn auch nicht entschuldbar, wäre also Preußens Politik gegenüber Frankreich, wie sie im Baseler Frieden zum Ausdruck gekommen, gewesen, wenn das fernere Verhalten der preussischen Staatsmänner den Beweis erbracht hätte, daß diese von der Wichtigkeit und Bedeutung des Ostens für Deutschland durchdrungen und bestrebt gewesen wären, ihre ganze Macht für die östliche Politik frei zu bekommen. Aber gerade ihr Verhalten in der Zeit nach dem Baseler Frieden bewies, daß alles eher als ein verständnisvolles Erfassen der östlichen Aufgaben Preußens der Grund gewesen ist für jenen Schritt.

Ueberschauen wir die Periode der heiligen Allianz, die nach dem Wiener Kongreß bis zum Jahre 1850 die europäische Festlandspolitik beherrschte, so treten uns im Keimkriege zum ersten Male wieder die europäischen Mächte als selbständige politische Individuen entgegen. Auch in Deutschland, wo die Revolution und dann die Kontroversolution alles staatliche Leben absorbiert hatte, machte sich eine gesunde Weiterentwicklung bemerklich, und zwar im Osten und Westen nicht minder wie im Zentrum Deutschlands.